

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 38.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratennahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln, den 23. September 1910.

Insertionspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Palmstraße 14. Telefonnr. 3210. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

11. Jahrg.

Vorwärts!

Keiner kann im leichten Spiel
Dieses Lebens Preis erjagen;
Fest ins Auge saß dein Ziel,
Bis die Pulse höher schlugen
Und sich dir an Fuß und Hand
Wieder straff die Sehne spannt!
Und so wandre Schritt vor Schritt
Den Gefahren kühn entgegen;
Hoch das Haupt und fest den Tritt
Und im Herzen Gottes Segen,
Auf der Stirn des Kampfes Schweiß,
So gewinnst du den Preis.

Des Gewerkschaftlers Militärzeit.

Die Einziehung der Rekruten zum Heer steht wieder unmittelbar bevor. Viele junge, arbeitsfähige Kollegen gehen dadurch den christlichen Gewerkschaften verloren, weil längst nicht alle Rekruten später als Reservisten wieder den Weg in die Organisation finden. Sie haben beim Militär die Verbindung mit unserer Bewegung verloren, sind vielleicht gar von ihren Kameraden zu einer anderen Richtung „bekehrt“ worden, oder aber die christlichen Vertrauensmänner vermögen es, sich früh genug hinter den Reservisten herzumachen.

In der Nr. 35 des Organs des christlichen Metallarbeiterverbandes weist ein Kollege auf diese Dinge hin und gibt dabei zugleich einige Winke an, die auch für unsere Mitglieder brauchbar sein dürften.

Werden die zum Militär abgehenden Mitglieder, so fragt der Kollege, nach beendeter Dienstzeit wieder den Weg zu uns finden und wie früher Vorkämpfer in ihrer Standesbewegung sein? Werden sie ihre Ueberzeugung bewahren, verteidigen und hochhalten, oder wird der rauhe und harte Kasernenleben, die Eintönigkeit des Soldatenlebens und die oft verletzende Behandlung ihr Geistesleben erdrosseln und sie unfähig machen für jedes ideale Streben? Werden sie die Tugenden, die ihnen aneignen worden sind, in gefährlichen Stunden, wo die schützende Freundeshand und die veredelnde Umgebung fehlt, bewahren, oder werden sie ihren Leidenschaften freien Lauf lassen, die lose Gesinnung mancher Kameraden sich aneignen und sich an Vergnügungen betäuben lassen, die das tiefere Seelenleben erdrosseln?

Die konfessionellen Vereine haben sich den vergangenen Sommer mit einigen der genannten Fragen befaßt. Es ist notwendig, daß auch unser Verband sich mit diesen Fragen befaßt, wenigstens insoweit, als die Interessen unseres Verbandes dabei berührt werden. Geeignete Maßnahmen würden nicht nur unsern Verband, sondern der gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung nützen. Wir müssen nach Mitteln suchen, die es möglich machen, daß unsere Kollegen durch die Gefahren des Soldatenlebens nicht nur schädlos hindurchgehen, sondern sogar gestärkt aus ihnen hervorgehen. Ein mit der Soldatenfürsorge vertrauter Mann sagt: „Die beste Soldatenfürsorge ist die Vorbereitung auf diesen Beruf“. Dies ist jedoch nur zum Teil richtig. Denn die Fürsorge muß doch dann am schärfsten einwirken, wenn die Gefahren am größten sind, und dies ist doch während der aktiven Dienstzeit der Fall.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Kollegen, die bereits gedient haben, ihre Erfahrungen den in das Heer tretenden Kollegen mitteilen, ihnen besonders klar machen, wie sie sich zu verhalten haben, um ohne Schwierigkeiten ihrer Ueberzeugung treu zu bleiben. Es muß hier besonders betont werden, daß es verkehrt wäre, wenn unsere Kollegen ungefragt jedermann ihre gewerkschaftliche Ueberzeugung zu erkennen geben würden. Sie würden sich dadurch in tausend Unannehmlichkeiten stürzen, unsere Bewegung dadurch weder jetzt noch später einen Nutzen bringen. Daher, die der Bewegung keinen Nutzen bringen, sind überflüssig. Es muß berücksichtigt werden, daß einem jeden Teil der militärischen Vorgesetzten die soziale Bewegung ein Buch mit sieben Siegeln ist, und die Zugehörigkeit zu einer Organisation in ihren Augen gleichbedeutend ist mit dem Hinarbeiten auf den Sturz der bestehenden Staatsordnung, insbesondere auf die Beseitigung der militärischen Disziplin. Unsere Kollegen müssen durch vorsichtige Erklärungen Mitglieder der christlichen Gewerk-

schaften bei ihrem Truppenteil zu ermitteln suchen und mit diesen eventuell in einen engeren Verkehr treten. Im Verkehr mit Gleichgesinnten werden sie ihre Ueberzeugung nicht nur bewahren, sondern sogar festigen.

Die Zahlstellenvorstände müssen einen regen schriftlichen Verkehr mit den beim Militär weilenden Mitgliedern unterhalten. Anlaß zum Schreiben ist oft genug vorhanden. Ein Artikel im Verbandsorgan über eine wichtige örtliche Angelegenheit, ein Bericht über einen großen organisatorischen oder gewerkschaftlichen Erfolg, einen lehrreichen Kampf, ferner der Jahres- und Generalversammlungsbericht des Verbandes können ausgeschnitten und unter Beifügung eines Handschreibens dem Kollegen zugesandt werden. Das Hinsenden des ganzen Organs empfiehlt sich sehr oft nicht, da dies erstens sehr auffällig ist, und zweitens wird infolge der Sonntagsarbeit nur selten ein Kollege Zeit haben, das ganze Organ zu lesen. Falls der des Königs Rock tragende Kollege vor seinem Eintritt in das Heer einem konfessionellen Vereine angehört, so ist bei letzterem darauf hinzuwirken, daß er seinem Mitglied das Vereinsorgan, nach Möglichkeit in einem verschlossenen Umschlag ohne Firmenaufdruck, zusendet. Wenn bei einem Soldaten das Organ eines konfessionellen Arbeiter- oder Gesellenvereins vorgefunden wird, erweckt dies bei weitem nicht so ein Aufsehen, als wenn ein Gewerkschaftsblatt vorgefunden wird. An dieser Stelle muß lobend hervorgehoben werden, daß heute schon eine große Zahl katholischer Gesellenvereine ihren beim Militär dienenden Mitgliedern das Vereinsorgan regelmäßig zusenden. (Daß manche „Musketiere“ und „Kanoniere“ auch Leser des „Holzarbeiter“ sind, sei nur nebenbei erwähnt. Die Red.) Kommt ein Verbandsmitglied in Urlaub, dann muß ein Mitglied des Zahlstellenvorstandes ihn besuchen, sich nach seinem Wohlergehen erkundigen und, wenn er schon Schiffbruch an seiner Ueberzeugung gelitten haben sollte, wieder auf den richtigen Weg zu bringen suchen.

Konfession und Gewerkschaftspolitik.

II.

Im weiteren weist Professor Mausbach darauf hin, „daß der Zusammenschluß der christlichen Arbeiterwelt sich nicht bloß gegen die Sozialdemokratie richtet, sondern nach der Entstehung des Gewerkschaftsgedankens und der Natur des Arbeitsverhältnisses vor allem auch eine organisierte Selbsthilfe gegenüber dem Kapitalismus ist.“ Er ist der Ansicht, daß die „Gegenläufe, die nach dieser Richtung zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen bestehen, vielleicht noch größere Bedeutung haben, als der bisher besprochene: katholisch oder interkonfessionell, weil sie täglich im gewerblichen Prozeß praktisch werden; hier sei auch eine wissenschaftliche Klarstellung, wenigstens in den Grundthesen, noch leichter zu erzielen.“

Zu den Beschuldigungen, welche gegen die christlichen Gewerkschaften erhoben werden, nimmt der Verfasser im einzelnen Stellung.

Die Berliner Richtung behauptet, daß die Begründer der christlichen Gewerkschaften, wenn auch nicht als christliche Denker, so doch „in der Entwicklung ihrer

Gewerkschaftstheorie . . .

von dem als verfehlt und unchristlich erwiesenen Prinzip der Gleichstellung von Arbeit und Ware, von Arbeitsvertrag und Kaufvertrag ausgehen. Ware könne nur eine Sache sein; die Arbeit sei keine Sache, sondern eine Tätigkeit, ein persönliches Gut, das durch sittliche Pflichten bestimmt ist und, im echt christlichen Sinne verwaltet, einen unendlichen Wert darstellt. Diese letztere Seite der Arbeit ist auch von den Begründern der Richtung M.-Glabbach nicht übersehen worden, schon der Name des Vereins Arbeiterwohl zeigt dies, und das anerkannte Verdienst, das ihm an dem Entstehen der Arbeiterzugesetze und der geistig-sittlichen Hebung des Arbeiterstandes zukommt. Auch den Arbeitern, die die Gewerkschaftstätigkeit „entwickeln“, wird niemand zutrauen, daß sie ihre freie Tätigkeit als bloße Sache und Ware betrachten, den

Wert ihrer menschlichen Persönlichkeit

unterschätzen. Man kann und muß aber die persönlich-sittliche und die wirtschaftliche Seite des Arbeitsverhältnisses unterscheiden; da die Gewerkschaft sich ihrem eigentlichen Zwecke nach auf die Regelung der letzteren beschränkt, liegt in dieser Abstraktion kein Fehler, solange die Superiorität der ersteren nicht geleugnet wird. Auch die Gewerkschaftstätigkeit behandelt die Arbeit nur insofern als Ware, als dieselbe ihr Korrelat im Lohne (Preis) hat; da nun der Kritiker selbst darauf aufmerksam macht, daß die Arbeit als sittlich-religiöse Leistung einen „unendlichen Wert“ besitzt, so gibt er — bei der „Endlichkeit“ irdischer Arbeitslöhne — tatsächlich zu, daß der Arbeitsvertrag von diesem höheren Moment absteht und nur den wirtschaftlichen Wert zu fassen sucht. Was der Arbeiter dem Unternehmer gibt, wofür der letztere den Lohn zahlt, das ist nicht das Persönliche der Tätigkeit, — dies verbleibt dem Arbeiter — sondern die wirtschaftlich schätzbare Leistung.

In den Gesetzen des wirtschaftlichen Verkehrs gebietet auch, daß die

Schätzung der Arbeit

wie die der sachlichen Ware sich in weitem Umfange nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage richtet. Die Herrschaft dieses Gesetzes ist jedoch für den einzelnen Lohnarbeiter gegenüber dem Kapital eine so ungünstige — wegen der Eigenart seiner „Ware“, die er weder verschiden noch zurückhalten und verwahren kann, nicht minder wegen der Geldmacht des Unternehmers —, daß sich der Arbeiter von selbst zur Organisation mit den Berufsgenossen gezwungen sieht, wenn er nicht willenlos und unfrei dem Kapital Gefolgschaft leisten will. Darin liegt der Grundgedanke der Gewerkschaft.

Die Freiheit, die sich hier als Moment des Arbeitsvertrages darstellt, ist allen Verträgen so wesentlich, daß sich bei diesem Punkte ein Widerspruch aus sozial interessierten Kreisen wohl kaum hervorwagt. Dagegen findet die Berliner Richtung einen „eigennütigen“ und verkehrten Gebrauch derselben in den Grundätzen der Gewerkschaften über den Streik und die mit ihm verbundenen Machtkämpfe. Sie selbst erklärt den Streik für erlaubt nur dann, wenn er Notwehr ist, d. h. „wenn die natürlichen Bedingungen im Arbeitsverhältnisse nicht gewährleistet sind“, oder gar „wenn eine ganz offensichtliche

Verletzung unveräußerlicher Rechte

vorliegt, welche die Arbeitspflicht selbst bedingen und auf Seiten der Beschäftigten zugleich mit sittlichen Pflichten verbunden sind, deren Wahrung oder Preisgabe nicht dem freien Ermessen überlassen ist“ — andere weiter einschränkende Bedingungen, z. B. vorheriger Appell an die zuständige Autorität usw., mögen hier auf sich beruhen.

Auf dieser Grundlage zieht Professor Mausbach folgende Schlussfolgerungen:

Also, solange der Arbeiter noch eben „zu existieren vermag“, solange er Rechte, aber keine unveräußerlichen Rechte preisgibt, solange er in seiner Selbstbeschreibung nicht unfähig wird, darf er nicht am Streik teilnehmen, mögen seine „Wünsche“ nach Besserstellung noch so berechtigt sein! Hier ist allerdings die Analogie von Arbeit und Ware, aber auch die Freiheit der Vertragsschließung gründlich befehtigt; wenn die bisherige Moral, wie die Wirtschaftstheorie, für die Wertbemessung ein freies Spiel der Kräfte zwischen der oberen und unteren Grenze des gerechten Preises gestattete, so ist hier dieses Gesetz umgestoßen, jeder organisierte Kampf beschränkt auf das Ziel des Existenzminimums. P. Biederlack S. J. hat in überzeugenden Darlegungen nachgewiesen, daß

diese Theorie über den Streik

der Lehre aller katholischen Moralisten, die den Gegenstand behandeln, widerspricht, daß sie aus einer Verwechslung der berechtigten und der ungerechten Machtanwendung, sowie der Rechts- und Liebespflichten, nicht minder aus einer Ueberspannung der Liebespflicht hervorgeht, daß ihre Vertreter daher kein Recht haben, „auch nur von einem einzigen Arbeiter zu verlangen, er müsse sich nach ihrer Ansicht richten“.

Dieser Abschnitt schließt mit den folgenden Mahnungen:

Die stete Forderung, der Arbeitsvertrag sei nicht als rein privatrechtliche Angelegenheit, sondern als eine „Funktion der Stände“, als Moment der Organisation des Ganzen, deren Föhrung der Staatsgewalt untersteht, anzusehen, trägt auf keinen Fall den augenblicklichen Verhältnissen Rechnung — denn wo ist

die häusliche oder staatliche Organisation,

die das unabsehbare Gebiet des Wirtschaftslebens autoritativ zu regeln sich unterlinge! — sie wäre aber überhaupt nur berechtigt, wenn das bestimmende, privatrechtliche Wesen des Vertrags und die Eigenart der iustitia commutativa (ausgleichende Gerechtigkeit) später einmal zugunsten der Regelung vom Ganzen aus wegfallen sollte — dieser Weg führt aber wohl weniger zum Sozialismus als zum Staatssozialismus! Die Ueberleitung des wirtschaftlichen Lohnkampfes in ruhige, geordnete Bahnen, eine Verbindung von Macht und Recht, die das Gewalttätige möglichst ausschließt und im Kampfe der Solidarität der Interessen bewußt bleibt, ist auch das Ziel der Gewerkschaften. Ihre Mittel zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen sind mannigfaltige: „gütliche Verhandlungen, Appell an die öffentliche Meinung (Presse, Versammlungen usw.), im äußersten Falle die gemeinsame Arbeitseinstellung, der Streik“. Durch die gewerkschaftliche Erziehung der Massen, durch die Rücksicht auf drohende Ausstände bei den Unternehmern, vor allem durch die immer weitgreifende Abnähmung von Tarifverträgen, ebbt der auf- und abwogende Kampf mehr und mehr ab zur gesetzmäßigen konstitutionellen Geltendmachung der Interessen.

Das idealistische Entgegenstehen gegen

die großen Triebkräfte der Wirtschaftsbewegung

gibt nicht die Herrschaft über sie in die Hand, am wenigsten dann, wenn man zugleich den gesunden Realismus der katholischen Moral gegen sich hat. Reinesfalls darf eine später aufgetretene Richtung der Älteren, auf ihr Recht sich berufenden, unchristliche Grundätze vorwerfen, wenn die Beweise dafür so fragwürdig sind. Wie sehr es nottut, zu den Gesetzen des Wirtschaftslebens und des natürlichen Egoismus, der in ihnen wirkt, die reinigende, erhebende, verjüngende Macht des Uebernatürlichen als höheres Lebensprinzip hinzuzufügen, darüber sind alle Katholiken einig. Möge es gelingen, alle hierfür begeisterten Kräfte zu sammeln und berät zur Stärkung des Glaubens und himmlischen Sinnes, zur Pflege der Liebe, Sitteneinheit und kirchlichen Treue in katholischen Arbeiter- und Ständevereinen aufzubieten, daß der Drang der wirtschaftlichen Selbstbestimmung stets eine christliche Freiheitsgesinnung bleibt!

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Zur Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, das mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 38. Wochenbeitrag für die Zeit vom 18. bis 24. September fällig ist.

Militärzeit. Die demnächst zum Militär einrückenden Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, sich ordnungsgemäß den Eintritt zum Militär ins Mitgliedsbuch von der Ortsverwaltung eintragen zu lassen. Während der Militärzeit ruht die Mitgliedschaft. Nach Abgang vom Militär müssen sich die Kollegen sobald wie möglich beim Verbanne wieder anmelden. Sie treten dann in ihre alten Rechte wieder voll ein. Auf Wunsch werden die Mitgliedsbücher von der Geschäftsstelle des Verbandes ausbewahrt.

Verloren gingen folgende Mitgliedsbücher: 44 090 Janag Felber, 62432 Ernst Bittner, 16610 Josef Sprenger, 49218 Janag Egger, 47431 Matth. Kappers, 28419 Konrad Wally, 60478 Josef Diefenbach, 61402 Josef Spiller. Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Die Ortsvereinigungen haben bei allen Lohnbewegungen der Genossenschaft jede Woche vor Redaktionsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Zugang ist fernzuhalten

Schreiner und Maschinenarbeiter: Kaiserblauen (Edel), Reisel, Reife, Paderborn, Snelen (Waffe), Speyer, Delmenhorst (Langes A.S.), Ziegenhals.
Stellmachern und Regenjacklern: Delmenhorst (Wagenfabrik Langes A.S.)
Fließkistenarbeiter: Kurburg.

Erfolge in Hamm i. W. Es ist bekannt, das bis in die letzte Zeit hinein in Hamm unter den Kollegen ein unbegreiflicher Indifferenzismus herrschte. Es merkt daher auch nicht Wunder, das die Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier solche sind, die in keiner Weise den heutigen Verhältnissen entsprechen. Selbst in den Landorten der nächsten Umgebung von Hamm wie Ahlen, Vedusa, haben sich die Kollegen durch unseren Verband bereits viel bessere Arbeitsbedingungen verschafft, als in Hamm bestehen. Nachdem nun in letzter Zeit die Kollegen von Hamm sich einigermaßen aufgerafft und den Weg zur Organisation gefunden hatten, gingen wir energig dazu über, eine Besserung der hiesigen Verhältnisse anzustreben. Benutzt wurden wir in den Verhandlungen die Unterstützung der Kollegen aus anderen Orten, die ebenfalls durch unseren Verband mit 10 Pfg. Beitrag anerkannt und die Arbeitszeit verkürzt um eine Stunde verfügt. Eine Firma steht noch mit der Bewilligung aus. Bei der Firma Woe. Kamm hat es zur Strafe, welcher aber nur 2 Stunden beträgt. Als die Firma die Einigkeit dieser Kollegen sah, war sie zu Zugeständnissen bereit. Ueberhaupt scheint anderen

Arbeitgebern das einige Vorgehen der Kollegen unglaublich gewesen zu sein, wie man aus verschiedenen Ausführungen der Arbeitgeber gegenüber den Verbandsbeamten bei den Verhandlungen entnehmen konnte. Kollegen von Hamm! Der Anfang ist jetzt gemacht, bedeutende Erfolge durch die Organisation sind bereits erzielt; jetzt gilt es, die Fahne des Verbandes hochzuhalten, damit wir weiter vorwärts kommen! Tue daher ein jeder seine Pflicht und Sorge, das unser Verband, wie überall im Industriegebiet, so auch in Hamm, stark werde zum Wohle aller Kollegen.

Vertragsabschluss mit der Pianofabrik Hain in Aresfeld. Die in den letzten Wochen gepflogenen, äußerst schwierigen Verhandlungen haben nun doch ein befriedigendes Ergebnis erzielt. Die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit auf 55 1/2 Stunden pro Woche wurde zugegeben. Die Stundenlöhne werden um 5 und 6 Pfg. für einzelne Kollegen noch darüber hinaus erhöht. Am schwierigsten gestalteten sich die Verhandlungen bezüglich der Erhöhung der Akkordpreise, zumal es sich um eine ganze Anzahl von einzelnen Branchen handelte. Doch gelang es auch hier zu einer Verständigung zu kommen und wird demnach im Laufe dieser Woche je nach Fortschreiten der Vorbereitungsarbeiten die Arbeit wieder aufgenommen. Abgeschlossen wurde der Vertrag auf die Dauer von 4 Jahren. Dem einmütigen Zusammenhalten der sämtlichen Kollegen ist dieser Erfolg zu verdanken. Der siebenwöchentliche Kampf ist nicht umsonst gewesen; willkürlichen Forderungen und Abzügen ist jetzt ein Riegel vorgeschoben.

Zur Tarifbewegung in Duisburg ist zu melden, das am Donnerstag den 15. September die ersten Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbunde und der Innung gemeinsam stattfanden. Die Verhandlungen zeigten recht deutlich, welche Schwierigkeiten hier noch zu überwinden sind, soll es zu einem Vertragsabschluss kommen. Die Verhandlungen wurden auf Dienstag den 20. Sept. vertagt, um den Arbeitgebern Gelegenheit zu geben, an anderen Vertragsorten nähere Erkundigungen einzuziehen bezüglich des Durchschnittslohnes und des im rhein. westf. Industriegebiet eingeführten Vertragsschemas. Unsere Kollegen müssen auf alles gefasst sein und die weitere Entwicklung der Dinge wohlgerüstet abwarten.

Erfolgreiche Lohnbewegung in Gleiwitz. Die Gleiwitzer Tischlergesellen unterbreiteten am 1. Juli 1910 ihren Meistern einen neuen Tarif, dessen Inhalt bereits für die umliegenden Städte Geltung hatte. Die Arbeitgeber stellten sich von Anfang an ziemlich ablehnend zu den Forderungen. Besonders waren sie für die Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 57 Stunden nicht zu gewinnen unter dem Vorwande, das die Verhältnisse in Gleiwitz viel schwieriger für die Arbeitgeber seien, als in den nächsten Städten, die zur Arbeit schon im Frühjahr die dortigen Kollegen den Tarif zur Anerkennung brachten. Dieses konnten und wollten die Gleiwitzer Kollegen aber durchaus nicht einsehen, denn sie leben unter genau denselben Verhältnissen als die Kollegen im übrigen Industriegebiet. Da es zu keiner Einigung kommen wollte, wurde am 23. August gefündigt und traten daraufhin die Kollegen am 6. Sept. in den Streik ein, welcher schon nach 4 Tagen beendet war. Das die Einigung so schnell vor sich ging, ist nur dem geschlossenen Vorgehen der Kollegen zu verdanken und wäre es nur wünschenswert, das in Gleiwitz die Einigkeit weiter so bestehen bliebe. Da nun die Meister einsehen, das es den Gleiwitzer Tischlergesellen ernst war, fühlten sie sich genötigt, mit unserer gewählten

Lohnkommission in Verhandlung zu treten. Der Akkordtarif für Bauarbeit wurde durchschnittlich um 15% aufgebessert. Ebenso wurde die Arbeitszeit von 60 auf 57 Stunden herabgesetzt und zwar ist dieses in der Weise festgelegt, das wir zum 1. Okt. 1910 1 1/2 Stunde und zum 1. April 1911 nochmals 1 1/2 Stunde verkürzt erhalten. Bei der Verkürzung der Arbeitszeit erfolgt ein Lohnausgleich und ein Lohnzuschlag von 2 Pfg. die Stunde. Ebenso erfolgt am 1. Okt. 1911 eine nochmalige Lohnerhöhung von 2 Pfg. Da die Kollegen nun den geforderten Tarif zur Durchführung gebracht haben, ist es erst recht Pflicht, das sie fest zur Organisation stehen, und auch dem letzten Unorganisierten in Gleiwitz klar machen, das es uns nur mit Hilfe der Organisation möglich war, den Forderungen bei den Meistern Anerkennung zu verschaffen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Klagen. Der längst gehegte Gedanke, in unserer Zahlstelle der Agitation unter den jugendlichen Holzarbeitern näher zu treten, war der Hauptpunkt unserer Versammlung vom 13. September. Kollege K. Karg hob in seinem Referate zwei der Jugendfürsorge besonders wichtige Punkte hervor; zunächst wird er hin auf die Bestrebungen der Sozialdemokratie, welche keine Mittel und Wege scheut, die arbeitende Jugend für sich zu gewinnen. Können wir das ruhig ansehen, wenn der Gegner so arbeitet? Wir müssen auch Hand ans Werk legen. Erstens, indem wir für die nötige Aufklärung unter den Jugendlichen sorgen; dadurch, das wir ihnen unser Fachorgan übergeben und den Sinn der einzelnen Artikel desselben, sowie den Zweck unserer Bestrebungen klar zu machen suchen. Zweitens, indem wir durch Abhaltung sachlicher Kurse die Leistungsfähigkeit auf gewerblichem Gebiete zu erweitern suchen, damit die jungen Kollegen nach beendeter Lehrzeit als geschulte Gesellen ins Leben treten und nicht der Schmutzkurrieurs Vorzug leisten. Als Vorbedingung gilt vor allem, die Herzen der Jugendlichen zu gewinnen durch praktische Unterweisungen in den Betrieben, indem ihnen daselbst mit Rat und Tat beigestanden wird. Nicht selten kommt es vor, das die Lehrlinge eine gewisse Abneigung gegen einzelne Gesellen hegen und ist es unmöglich, jene dann durch diese dem Verbanne zuzuführen. Nur die Kleinarbeit ermöglicht es, das Problem der Gewinnung der Jugendlichen praktisch zu lösen. — Die Ausführung mancher Aufgaben ließe sich aber besser und leichter ermöglichen, wenn noch mehr Kollegen als bisher an den Versammlungen teilnähmen. Während auch jetzt die Versammlungen sehr anregend und belehrend vorlaufen, würden dieselben sich doch bei starker Beteiligung noch weit interessanter gestalten. Ein großer Prozentsatz der Mitglieder besucht fast regelmäßig die Versammlungen, jedoch sind wieder andere vorhanden, die nur als zahlende Mitglieder zählen. Um diesen Mangelzustand in etwa abzuhelfen, wurde in der Versammlung in Vorschlag gebracht, sogenannte Kontrollkarten einzuführen. Der Vertrauensmann erhält Freitag in der Geschäftsstunde eine Anzahl solcher Karten und überreicht sie den Kollegen bei seiner Funktion. Auf der Karte ist enthalten: Zeit und Ort der Versammlung, sowie der Name des Vertrauensmannes. Von den einzelnen Kollegen unterschrieben werden die Karten dann vor oder während der Versammlung an einen vom Vorstande bestimmten Kollegen abgegeben. Durch diese Einrichtung ist der Vorstand dann zu jeder Zeit in der Lage, zu sehen, welche Kollegen die Versammlungen jahtaus, jahrein schwänden und andererseits, ob der Vertrauensmann seiner Pflicht nachkommt. Da wir vor dem Ablauf des Tarifs stehen, ist es notwendig, das alle Kollegen, auch die Gemüthlichen, mehr als bisher an den Versammlungen teilnehmen, und sich hier Material zur bewussten Agitation verschaffen. Denn wollen wir einen befriedigenden Tarifabschluss im Frühjahr erreichen, so müssen wir jetzt unsere Reihen stärken. Die Parole muß darum heißen: „Auf zur Agitation!“

Der Sozialismus in Nordamerika.

Von Hubert Krumbach.

Scheinbar gibt es in den Vereinigten Staaten zwei sozialistische Parteien. Die eine als feindliche Brüder auf dem politischen Felde gegenüber stehen; die eine bezeichnet sich als sozialdemokratische Arbeiterpartei (Socialist Labor Party) und die andere als sozialdemokratische Partei (Socialist Party). Beide Parteien sind im Prinzip einig und halten an dem Programm des Internationalen Sozialismus fest, welches aber weit auseinander in der Stellung zu den Gewerkschaften.

Bis zum Jahre 1898 war nur eine Partei vorhanden. Dann kam es zu einem offenen Bruche zwischen den Anhängern der radikalen und der gemäßigten Richtung. Die radikale Richtung unter der Führung De Leon's ist die „antagonistische Schwadron“. Die Partei hatte im Jahre 1898 noch 82 000 Anhänger, erhielt aber bei den letzten Präsidentschaftswahlen nur noch 15 000 Stimmen und wird vielleicht in einigen Jahren ganz von der Bildfläche verschwinden sein. Doch auch die Anhänger der radikalen sozialdemokratischen Partei ist verhältnismäßig gering. Bei den Präsidentschaftswahlen 1908 wurden insgesamt 11 Millionen Stimmen abgegeben, von denen die Sozialdemokraten 21 000 erhielten, also nicht mal 3 Prozent. In zahlreichen Mitgliedern will die Partei 50 000 haben. Bei einer Bevölkerung von 90 Millionen ist das ein verschwindend kleiner Prozentsatz. Die Einwirkung dieser Partei ist in den letzten Jahren langsam aber stetig wachsend. Dabei muß man im Auge behalten, das die sozialdemokratische Partei in Amerika und viel größeren Schwierigkeiten zu kämpfen hat, wie z. B. in Deutschland.

Wenn man der einen Seite auch die Berücksichtigung für den Sozialismus, die größtmögliche Entwicklung des Sozialismus, in Amerika werden ist, so helfen auf der anderen Seite aber alle Maßnahmen, welche die Sozialdemokratie in Deutschland kennen. Man kann keinen Klassenkampf machen, was bei uns der Fall ist. Die Sozialisten, die die Sozialisten unter sich und zwischen den verschiedenen Nationen haben, hindern ebenfalls ein radikales Vorgehen. Und selbst es an hiesigen Gegnern, die aus dem Arbeiterstand hervorgegangen sind. Die meisten, die sich Führer nennen, sind sogenannte Intellektuelle, mit Ausnahm von Walter, einem eingewanderten britischen Bildhauer.

Der Tätigkeit des genannten ist es wohl zuzuschreiben, das die Sozialisten bei den Bürgermeisterversammlungen in Milwaukee Sieger geblieben sind.

Gegenwärtig verfügt die Partei über 70 Zeitungen und Zeitschriften, von denen aber nur einige wirklich erscheinen. Von den Tageszeitungen erscheinen zwei in englischer Sprache, die „Chicago Daily Socialist“ und die „New York Call“. Beide befinden sich stets in den größten Schwierigkeiten und können sich kaum über Wasser halten. Die „New York Call“ wäre im letzten Herbst bald wieder eingegangen, wenn nicht in letzter Stunde die deutsche sozialdemokratische Partei mit 10 000 Mark eingegriffen wäre. Aber trotzdem und allemes will es mit der sozialdemokratischen Partei nicht recht vorwärts. Die Anhängerzahl reduziert sich aus eingewanderten und angelernten Arbeitern.

Für die Tätigkeit des Schlagens einiges aus einem Briefe des Redakteur der „Chicagoer Daily Socialist“, Simon, der gleichzeitig auch im Vorstand der Landespartei ist, an den Redakteur der sozialistischen New Yorker Volkszeitung geschrieben hat. In dem Briefe heißt es unter anderem: „Wir befinden uns in einer äußerst schwierigen Situation. Die Partei wird gehäht und bekämpft von der Arbeiterschaft selbst, das heißt von den wirklichen Bekämpfern. Wir haben auf der einen Seite einen Haufen Intellektuelle, wie Spargo, Hunter, Gilquist und ich. Auf der anderen Seite einen Haufen von Arbeiterleuten, Demagogen, ein wirkliches Lumpenproletariat. Die wirkliche Lohnarbeiterschaft, die den Klassenkampf zu führen hat, ist nicht bei uns. Dies sind die nackten Tatsachen, die durch keine Philosophie beiseite geworfen werden können.“

Der Brief spricht für sich selbst; es ist Tatsache: der eigentlich amerikanische Arbeiter ist für die Sozialdemokratie nicht zu haben. Auch bei den Führern der Arbeiterschaft wird gewöhnlich die Meinung herrschen, das der Sozialismus wohl eine Berechtigung in einem Lande mit einer reaktionären Regierung, aber niemals in dem freien Amerika habe. Ich habe in Amerika eine ganze Anzahl von Deutschen kennen gelernt, die zweifellos in ihrem Heimatlande radikale Sozialisten waren, die aber heute ebenfalls für den demokratischen oder republikanischen Kandidaten stimmen, wie die anderen auch.

Am geringsten ist der Einfluss der Sozialdemokratie auf die Gewerkschaftsbewegung. Auf dem letzten Kongress der amerikanischen Gewerkschaften wa-

ren nach Angabe von sozialistischen Zeitungen von den 312 Delegierten höchstens 25 anwesend, die als Sozialisten bezeichneten. Man hat jedoch einige Zahlstellen und Verbände mit stark sozialistischem Einschlag. Hauptächlich sind es solche Verbände, denen sehr viele Deutsche angehören, so z. B. die Verbände der Bäder und Brauer. Das Organ des letzteren Verbandes hat in fast jeder Nummer einen sozialistisch gefärbten Leitartikel. Die eigentlichen Führer der Gewerkschaften sind jedoch die schärfsten Gegner der Sozialisten. Sie haben auch alle Ursache dafür. Nirgends haben die Sozialisten eine so traurige Rolle in der Gewerkschaftsbewegung gespielt, wie in Amerika. Vor Jahren suchte man die Gewerkschaften zu überrumpeln und die Führerschaft an sich zu reißen, es ist mißlungen. Dann verfuhr man in den Versammlungen; und auf den Verbandstagen Diskussionen über den Sozialismus herbeizuführen, aber ohne Erfolg. Darauf versuchte man in den verschiedenen Berufen eigene sozialistische Gewerkschaften zu gründen. Es gelang teilweise; man brachte einige starke Gewerkschaften zusammen, den westlichen Bergarbeiterverband sowie ferner die Gruppe von Gewerkschaften, die in die „Industrial Workers of the World“ vereinigt waren, die sich aber jetzt teilweise wieder aufgelöst haben oder im Verfall stehen, sich mit den alten Gewerkschaften verschmelzen. Zur Zeit wenden die Sozialisten die bekannte deutsche Rezept an: „Die Mitglieder streiken und die Führer vor den Band treten.“ In alle Art und Weise werden die amerikanischen Arbeiterführer verächtlich und beschuldigt. Besonders müssen Compers und Mitchell herhalten. Mitchell ist der gehähteste Mann. Mitchell ist wohl der tüchtigste und beliebteste von allen Führern. Er war früher Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes und bekleidet jetzt den Sekretärposten der „Citic Federation“, eine Vereinigung bürgerlicher Sozialisten. Auf der einen Seite bezeichnet man sich als Freund und Förderer der Gewerkschaften, auf der anderen Seite aber werden die Führer nach allen Regeln der Kunst schlecht gemacht. Man kann Compers nur loben, wenn er schreibt: „Der Himmel behüte uns vor solchen Freunden.“ Man braucht mit den Anschauungen und Theorien der Führer gar nicht einverstanden zu sein, aber das eine muß man Compers und Mitchell lassen, das sie es wenigstens ehrlich mit der Arbeiterschaft meinen.

Gewerkschaftliches.

Die Casseler Verhandlungen und die katholischen Fachabteilungen. Schon in der Nr. 36 unseres Organs wurde die neue Broschüre des Herrn Viktor Windolph gebührend gekennzeichnet. Trotzdem verlohnt es sich wohl noch, kurz darauf zurückzukommen, und zwar soweit es sich um eine Kritik des Verhaltens unserer Verbandsperiode bei den am 27. und 28. Oktober 1907 in Kassel stattgefundenen Verhandlungen über die Tarifabschlüsse in der deutschen Holzindustrie handelt. Auf Seite 174 der angezogenen Broschüre heißt es:

„Am 27. und 28. Oktober 1907 fanden in Kassel Verhandlungen wegen des Abschlusses eines Tarifvertrages in der deutschen Holzindustrie zwischen dem Arbeitgeberverbande für das deutsche Holzgewerbe und der Arbeiterorganisationen von ganz Deutschland statt. Zu diesen Verhandlungen war die katholische Organisation vom Vorstande des Arbeitgeberverbandes mit eingeladen worden.“

Einige Tage vor den Verhandlungen wurde derselben von letzterem mitgeteilt, daß die Sozialdemokraten es ablehnten, gemeinsam mit anderen Organisationen zu verhandeln, wenn dieselben sich nicht vorher in entsprechender Weise mit ihnen verständigt hätten. Die Christlichen hätten sich mit den Sozialdemokraten verständigt, weshalb sie von letzteren zu den Verhandlungen zugelassen wurden. Die katholischen Berufsorganisationen hätten es ab, von Gnaden der Sozialdemokraten zu verhandeln; jedoch wurden sie jedoch aufs neue vom Vorstande des Arbeitgeberverbandes nach Kassel eingeladen. Wie die Sachen dort vor sich gingen, erzählt uns das „Jahrbuch 1907 des deutschen Holzarbeiterverbandes“ auf Seite 63, wo es wörtlich heißt:

Am 28. und 29. Oktober 1907 fand darauf in Kassel die verabschiedete Konferenz mit dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes statt, um zu dem Projekt einer Klassifikation der Städte zur Regelung der Arbeitszeit erstmals Stellung zu nehmen. Vor Eröffnung der ersten Sitzung stellte sich heraus, daß auf Einladung des Arbeitgeberverbandes auch zwei Arbeitervertreter von der kathol. Fachabteilung erschienen waren. Unsere Vorstandsvertreter blieben es in Übereinstimmung mit denjenigen des christlichen und Hirsch-Duncker'schen Verbandes sofort ab, in Gegenwart der Fachabteiler in die Verhandlungen einzutreten, und zwar mit der Motivierung, daß eine weitere Arbeitervertretung nur dann zugelassen werden könne, wenn vorher mit derselben eine weitere Verständigung erfolgt sei. Weil die Fachabteiler gar nicht den Versuch einer solchen Verständigung gemacht hätten, so war ihr Ausschluß von dieser Konferenz selbstverständlich, so wenig angenehm den Vertretern des Arbeitgeberverbandes dies auch zu sein schien. Dieselben zogen sich zu einer längeren Beratung zurück und ließen alsdann durch Herrn Nahardt erklären: „Unsere Generalversammlung in Hildesheim hat beschlossen, alle Arbeiterorganisationen zu den Verhandlungen zuzulassen. Wenn Sie jedoch die beiden Herren von der Fachabteilung nicht wollen, dann können wir nichts dagegen machen. Wir werden dann mit denselben gesondert verhandeln. Wir haben versucht, Ihnen (zu den Fachabteilern) zu Ihrem Rechte zu verhelfen.“

Hiermit will Herr Windolph beweisen, daß „in der Praxis die Christl. Gewerkschaften den christlichen Grundsätzen widerprechen“, wobei aber dabei eine solche Unkenntnis der praktischen Verhältnisse der Tarifbewegung, daß er keinen Anspruch darauf erheben kann, in seinem Urteile hierüber ernst genommen zu werden.

Den Organisationen der Holzarbeiter steht eine machtvolle Organisation der Arbeitgeber in der Holzindustrie gegenüber, deren sehr geschickte Leitung es ausgezeichnet versteht, im Interesse der Arbeitgeber den Holzarbeitern bezügl. Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen große Schwierigkeiten zu machen. Wenn aber die Holzarbeitervertreter, insbesondere bei Tarifverhandlungen die Interessen ihrer Berufskollegen vertreten wollen, — dieses Recht dürften sie doch wohl auch nach christlichem Grundsätzen haben — dann haben sie alle Veranlassung, mit der größten Vorsicht und Klugheit zu Werke zu gehen. Das aber ist unmöglich, wenn nicht die verschiedenen Organisationen der Holzarbeiter sich vor den Verhandlungen über den Umfang der zu stellenden Forderungen und die Art ihrer Geltendmachung verständigt haben. So ist es damals in Kassel zwischen den Vertretern der christlichen, der sozialdemokratischen und Hirsch-Duncker'schen Verbände geschehen, sodaß diese Verbände nimmehr in der Lage waren, vorteilhaft verhandeln zu können. Als nun zur angelegtesten Zeit die Verhandlungsparteien zusammen kamen, waren plötzlich auch zwei Vertreter der kathol. Fachabteilungen, Berliner Richtung, erschienen und wollten an den Verhandlungen teilnehmen. Dieselben hatten nicht einmal den leisesten Versuch gemacht, sich vorher mit den übrigen Organisationen zu verständigen. So war es ganz selbstverständlich, daß durch den Arbeitervertreter, ganz gleich ob christlich, sozialdemokratisch oder Hirsch-Duncker, entschieden abgelehnt wurde, unter diesen Umständen gemeinsam mit den Fachabteilern zu verhandeln. Herr Windolph nennt dieses einen Versuch gegen christliche Grundsätze. Mit welchem Rechte? Es ist schon oben gesagt, daß Tarifverhandlungen zweckmäßig, gebräuchlich und liegt auch im Interesse des gewerblichen Friedens nur geführt werden können, wenn sich die Teilnehmer jeder Verhandlungspartei über ihre Taktik klar sind und über die notwendige Geschicklichkeit verfügen. Von den Fachabteilern müßten die christlichen Vertreter nicht, ob sie die notwendigen Fähigkeiten zum Verhandeln besäßen; zudem hielten die letzteren eine vorherige Verständigung mit den übrigen Arbeitervertretern für überflüssig. Man weiß nicht recht, wie man dieses Verhalten erklären soll; entweder hatten die Fachabteiler nicht die geringste Ahnung von der Verhandlungsmethode, oder aber sie waren von Größenwahn befeuert, sodaß sie glaubten, als katholische Fachabteiler keine Verständigung mit den übrigen nötig zu haben. Die übrigen Organisationen, vor allem die Vertreter des Arbeitgeberverbandes christlicher Holzarbeiter hätten willig und bereitwillig gehandelt, wenn sie demnach ohne weiteres gemeinsam mit den Fachabteilern verhandelt hätten. Sie hätten andernfalls gewärtig sein müssen, daß die Fachabteiler, da sie die von den übrigen Arbeitervertretern überkommene festgesetzte Grundlage der Verhandlungen nicht anerkannten, den Erfolg derselben ernstlich in Frage stellen würden.

Dadurch aber wäre das Wohl hunderttausender deutscher Holzarbeiter leichtfertig aufs Spiel gesetzt worden. Und unklug und leichtfertig zu handeln, ist u. W. noch nie ein Gebot des Christentums, resp. der katholischen Kirche gewesen. Herr Windolph wird nach dieser Darstellung eines Teilnehmers nicht mehr sagen können, daß den katholischen Fachabteilungen die Teilnahme an den Casseler Verhandlungen durch die vermeintliche Unchristlichkeit der christlichen Gewerkschaften unmöglich geworden sei.

Glücksbrünge macht in der „Holzarbeiter-Zeitung“, dem „Vorwärts“, der „Rheinischen Zeitung“ und Blättern ähnlicher Couleur der bekannte Genosse „n.“ um zu beweisen, daß in „Holzarbeiter“ oben unten und unten oben ist. Angetan hat's ihm der Artikel „Deutschland voran“ in Nr. 36 unseres Organs, in dem gesagt wurde, daß Deutschland hinsichtlich der Arbeiterversicherung allen übrigen Ländern voran sei. An den Nachweis, daß das von uns Behauptete den Tatsachen nicht entspricht, wagt sich Herr „n.“ nicht heran. Wohl aber glaubt er, uns blamieren zu können mit zwei Zitaten, die er früher einmal dem „Holzarbeiter“ entnommen hat. Die Zitate sollen das Gegenteil von dem besagen, was der „Holzarbeiter“ bezl. der deutschen Arbeiterversicherung schrieb. Wer aber der sozialdemokratischen Verfälschung noch nicht anheimgefallen ist, wird finden, daß ein Widerspruch in den angezogenen Zitaten nicht enthalten ist. Der Kampfescharakter der Gewerkschaften ist heute noch ebenso vorhanden wie früher, und der Kampf der Arbeiterbewegung überhaupt dreht sich um nichts anderes, als um die volle Gleichberechtigung der Arbeiter. Und wenn selbst das Motiv, daß in weiten Kreisen der Industrie für die Arbeiterversicherung sprach, kein rühmliches war, so ist trotz und allem die Tatsache, daß Deutschland auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung voran steht. Daß das soziale Recht in Deutschland vernachlässigt wurde und daß auch auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung noch manches verbessert werden kann, haben wir nie bestritten. Weshalb sollen wir nicht anerkennen was ist? Es scheint aber fast, als ob die sozialdemokratische Presse es für höchst parteischädigend erachtet, wenn die deutschen Arbeiter hören, was sie bereits besitzen und was die Arbeiter im Auslande erst noch gewinnen müssen. Wir lassen uns das Recht der Kritik nicht nehmen; verzichten jedoch darauf, von der „Kritik“ völlig und allein zu leben. „Kritikaster“ haben wir im sozialdemokratischen Lager wirklich derart viel, daß es gewiß nicht leichter wird, gegenüber den Elementen der Negation, Positives für die Gesamtheit der Arbeiter zu erzielen.

Sollte man's für möglich halten? Ein Verbandsmitglied schreibt uns: „Vor einigen Tagen fiel mir ein Teil einer alten Nummer des sozialdemokratischen „Vorwärts“ in die Hände. Es scheint eine Nummer vom 2. oder 3. Juli d. J. zu sein. Unter der Rubrik „Gewerkschaftliches“ finde ich die folgende Notiz:

Schwarze Hände — eine neue Unternehmer-Frechheit. Bis her benützte sich das habgierige Unternehmertum damit, die Arbeiter durch schwarze Listen zu zerschlagen. Doch hat man jetzt ein neues Mittel erdacht, durch das man den Arbeiter zum Hörigkeitsverhältnis zwingen will. Wie nämlich der „Hafenarbeiter“, das Organ der deutschen Hafenarbeiter und verwandten Berufsgenossen in seiner neuesten Nummer mitteilt, tragen sich die Arbeitgeber dieses Gewerbes mit dem Gedanken, den bei ihnen beschäftigten Arbeitern einen Stempel auf den Handrücken zu brüden (!), der sie dann bei anderen Unternehmern unmöglich machen soll. Natürlich setzt das die Einwilligung der Arbeiter voraus. Wie früher der Galeerensträfling oder der Zuchthäusler oder wie auch jetzt das Schlächtvieh seinen Stempel ausgebrannt erhält, so will man auch in Zukunft mit dieser Arbeiterkategorie verfahren. In England existiert bereits ein solches Vorbild. Dort wird den von der Schipping Federation of Great Britain beschäftigten Kulis ein solches Brandmal der Schande, das aller Menschenwürde Hohn spottet, aufgedrückt. Und die deutschen Unternehmer meinen, wenn im Lande der Geistesheroen die Arbeiterkastei erst politisch zu Geloten degradiert ist, warum soll sie dann nicht auch äußerlich einen darauf hinweisenden Stempel tragen? Eine Konsequenz liegt darin, wenn auch eine gräßliche. Soffentlich werden die Hafenarbeiter diese Frechheit damit beantworten, daß sie in Massen dem Verband beitreten, der sie allein vor dieser Schmach retten kann.“

Sollte man es für möglich halten, daß ein Blatt, das seine Leser angeblich doch nur in aufgeklärten Arbeiterkreisen sucht, letzteren so etwas bieten darf? Aber die verhezte rote Volksmasse glaubt's. Und wenn ihr plausibel gemacht würde, daß bei der nächsten Reichstagswahl die Zahl der abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen mindestens fünf Millionen betragen müsse, weil sonst ein Gesetz erlassen würde, wonach jeder Arbeiter einen Ring durch die Nase gezogen bekäme, würde auch das als bare Münze aufgenommen, und dementsprechend in der Wahlarbeit verfahren. Wenn ich zu sagen hätte, würde den Redakteuren des „Vorwärts“ und des „Hafenarbeit.“ schon jetzt ein Ring durch die Nase gezogen als Anerkennung für ihre demagogische Gewandtheit.

Die Internationale Holzarbeiter-Union, die sich aus 37 Verbänden (in 20 Ländern) zusammensetzt, hielt bei Gelegenheit des Internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen, dortselbst ihren Kongreß ab. Welterstützternde Ereignisse folgten sich auf dieser Tagung nicht. Man nahm den Bericht des internationalen Sekretärs (Leipart-Berlin) entgegen, und besprach die Organisation in den Grenzgebieten benachbarter Länder, sowie die Erfahrungen mit der Gegenseitigkeit betr. den Uebertritt und die Unterstützung der Mitglieder im Ausland. Vertreter waren auf dem Kongreß 43 Delegierte, die 27 Verbände in 11 Ländern vertraten. Die Zahl der fehlenden Organisationen und Länder war demnach nicht unbedeutend. Die amerikanischen Holzarbeiterorganisationen haben der Union noch vollständig fern. In England gehört der Union erst eine kleine Organisation an; in Bulgarien streiten sich die „Weißerigen“ mit den „Engländerigen“. Die mitgeteilt wurde, hat das „Kassenbewußte Holzarbeiterproletariat“ in Italien keine Organisation durch-

syndikalistische Umtriebe ruiniert; in Oesterreich leidet der soziald. Holzarbeiterverband unter der Agitation der tschechischen Separaristen. Die deutschen Delegierten kehrten vom Kongreß heim, in dem angenehmen Bewußtsein, den Franzosen und Belgiern mit ihrem „naiven Draufgängertum“ einen Streich gespielt zu haben, durch die Annahme von Antzügen, die in erster Linie von den „zielberufenen Genossen“ in Frankreich und Belgien (den Antragstellern selbst), niemals ausgeführt werden.

Soziale Rundschau.

Die Knappschäftswahlen im Ruhrrevier haben dem Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter einen Misserfolg gebracht. Kenner der Verhältnisse haben dieses vorausgesehen, obgleich in nicht so sehr mit Verhältnissen vertrauten Kreisen, von der „Politik der Sammlung“ (dem Zusammengehen aller christlich und national denkender Bergarbeiter) ein Erfolg erwartet wurde. In 406 sog. Sprengeln wurden gewählt: 286 Kandidaten des alten (soziald.) Bergarbeiterverbandes, 80 christliche Gewerksvereiner, 29 Polen und 7 Zechenkandidaten. Aus einem Sprengel lauten die Nachrichten widersprechend, sodaß erst das amtliche Wahlergebnis abgewartet werden muß, in einem zweiten Sprengel konnte überhaupt nicht gewählt werden, da in diesem Sprengel keine wahlberechtigten Bergleute wohnen.

Der alte Bergarbeiterverband erstritt bei der Wahl vor sechs Jahren 234 Mandate, während der christliche Gewerksverein im Jahre 1904 mit 112 Mandaten aus der Wahl hervorging. Im Jahre 1904 haben 125 871 Wahlberechtigte ihr Stimmrecht ausgeübt. Davon entfielen auf den alten Bergarbeiterverband 66 523, auf den christlichen Gewerksverein 43 280, auf die polnische Berufsvereinigung 3489, auf die Zechenpartei 6473 und auf unorganisierten, sogenannten Mischmasch-Kandidaten 5606 Stimmen.

Bei der diesmaligen Wahl gaben 180 853 Wahlberechtigte ihre Stimme ab. Davon entfielen auf den alten Bergarbeiterverband 97 779, auf den christlichen Gewerksverein 53 018, auf die polnische Berufsvereinigung 22 238, auf die Zechenpartei 5380 und auf die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereiner 2438 Stimmen.

Die Stimmenzahl der christlichen Bergarbeiter ist seit dem Jahre 1904 demnach ganz ansehnlich gewachsen, wenn auch der sozialdemokratische Verband einen noch größeren Zuwachs erhielt. Berücksichtigt muß auch werden, daß vor sechs Jahren die Polen noch einen ansehnlichen Prozentsatz der christlichen Wähler stellten. Jetzt ist das anders geworden. Die Polen im Ruhrrevier sind dem Radikalismus, und zu einem noch größeren Teile der Sozialdemokratie zugekehrt. Auf sie ist kein Verlaß mehr. Ebenso ist auch kein Verlaß auf die unorganisierten. Bei den Wahlen verhalten sie den Genossen zum Siege. Verlaß ist für die christlichen Gewerkschaften einzig und allein auf die in der Organisation geschulten und kampferprobten Anhänger. Diese Lehre gibt uns auch die Knappschäftswahl. Nicht die, die sich „christl. national“ nennen sind unsere Mannen, sondern allein die, die in christlich-nationalen Gewerkschaften für ihre Ideale kämpfen und Opfer bringen.

Was die Militärpflichtigen über die Invalidenartikeln wissen müssen. In der nächsten Zeit wird beim Militär wieder ein Jahrgang von Mannschaften entlassen und von neuem werden auch die Rekruten eingeeilt. In dieser Zeit ist es angebracht, die zum Militär abgehenden jungen Kollegen daran zu erinnern, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen eine Invalidenartikeln verfällt, wenn sie nicht zwei Jahre nach dem Tage der Ausstellung umgetauscht oder ihre Gültigkeit verlängert wird. Mit dem Verfall der einen Invalidenartikeln gehen aber zugleich alle bisherigen Ansprüche aus der Invalidenversicherung verloren. Wenn sich z. B. ein Kollege die sechste Invalidenartikeln nicht verlängern läßt, so geht auch das Recht aus den fünf anderen Karten verloren und es kann erst wieder nach einer versicherungspflichtigen Tätigkeit, in der 200 Wochenbeiträge bezahlt sind, zum Aufleben gebracht werden. Es muß deshalb den Rekruten empfohlen werden, daß sie ihr Einrüden zum Militär zur Meldung bringen. Wird diese Meldung erstattet, so bleiben nicht nur die Rechte aus der Invalidenversicherung gewahrt, den Militärpflichtigen wird auch noch die Militärzeit als Arbeitszeit angerechnet.

Literarisches.

Das deutsche Knappschäftswesen von J. Imbusch. Eine Darstellung seiner Entwicklung und seines heutigen Standes unter besonderer Berücksichtigung des Knappschäftswesens und des Niederganges der Knappschäftswesen in der Praxis. Köln 1910. Christlicher Gewerkschaftsverlag. 140 Seiten. Preis 1,50 Mk.

Es fehlte bisher an einer knappen und doch hinreichend ausführlichen und zutreffenden Darstellung der Entstehung und Entwicklung des deutschen Knappschäftswesens und seines heutigen Standes. Kein Wunder, daß es auch in weiten Kreisen an dem rechten Einbild in die Knappschäftswesen — die die Kräfte der Kranken, Invaliden, Witwen und Waisenversicherung der Bergleute und auch vieler Hüttenleute sind — fehlte. Die vorliegende Schrift will die bisher in der Literatur bestehende Lücke ausfüllen und schildert recht klar und anschaulich die Entstehung, Entwicklung und den heutigen Stand des deutschen Knappschäftswesens. Eine besondere Berücksichtigung hat hierbei die Gesetzgebung erfahren. Bekanntlich ist das Knappschäftswesen noch landesgesetzlich geregelt, doch hat die reichsgesetzliche Versicherungsgesetzgebung es ebenfalls stark beeinflusst. Das praktische Handeln der Knappschäftswesen und die vorhandenen Mängel werden ebenfalls gewürdigt und einige Reformen vorgeschlagen. Besonders größere Tabellen geben einen klaren Überblick über die Entwicklung und die heutige Bedeutung des Knappschäftswesens. Die Schrift wird gerade jetzt während der Beratung der Reichsversicherungsordnung allen Sozialpolitikern willkommen sein. Hat man doch in den Knappschäftswesen schon langjährige praktische Erfahrungen mit der Witwen- und Waisenversicherung gemacht, die für andere Kreise jetzt erst eingeführt werden soll.

Abrechnung des Verbandes pro II. Quartal 1910.

I. Hauptkasse.

Einnahmen und Ausgaben.

a) Einnahmen:

1. Beiträge von Einzelmitgliedern	262,20
2. Abonnements und Inzerate	158,86
3. Bücher und Broschüren	4,30
4. Freiwillige Zuwendungen aus den Lokalkassen	100,00
5. Sonstige Einnahmen	209,29
6. Von den Zahlstellen eingesandt	47637,64
Summe	48372,29

b) Ausgaben:

1. Reiseunterstützung	4,20
2. Maßregelungsunterstützung	651,78
3. Umzugsunterstützung	70,00
4. Arbeitslosenunterstützung	30,00
5. Streiks und Aussperrungen	12724,79
6. Rechtschutz	390,10
7. Krankenunterstützung	102,00
8. Agitation	5366,18
9. Beamtengehälter	1392,50
10. Versicherungen	417,20
11. Verbandsorgan	5045,34
12. Politisches Organ	192,23
13. Porto und Zustellgebühren	243,03
14. Drucksachen, Verbandsmaterial	995,00
15. Zeitungen und Zeitschriften	96,07
16. Miete, Puraubedarf, Telefon	672,84
17. Beiträge zum Gesamtverband	500,00
18. Beitrag zur Gesellschaft für Soziale Reform	50,00
19. Vorschüsse an die Zahlstellen	1868,00
20. Verbandstag, Sitzungen und Konferenzen	4239,45
21. Anshilfe im Verbandsbureau	9,00
22. Stempelanfertiigung	45,75
23. Bücher und Broschüren	263,70
24. Sonstige Ausgaben	95,15
Summe	35464,41

Also Mehreinnahme	12907,88
Bestand vom I. Quartal 1910	278833,71
Also Bestand pro III. Quartal 1910	291741,59

Bilanz.

Einnahmen:

Kassenbestand vom I. Quartal 1910	278833,71
Aufnahmegebühren	902,00
Beiträge bei den Zahlstellen	84161,45
Beiträge bei der Hauptkasse	262,20
Einnahmen Position 2-4	263,16
Vorschüsse an die Zahlstellen	1868,00
Sonstige Einnahmen bei den Zahlstellen	888,09
Sonstige Einnahmen bei der Hauptkasse	209,29
Saldo pro III. Quartal 1910	181,73
Summe	367569,63

Ausgaben:

Reiseunterstützung bei den Zahlstellen	2316,50
ber Hauptkasse	4,20
Maßregelungsunterstützung b. d. Zahlstellen	21,50
bei der Hauptkasse	651,78
Umgzugsunterstützung bei den Zahlstellen	705,00
ber Hauptkasse	70,00
Arbeitslosenunterstützung bei den Zahlstellen	4663,78
ber Hauptkasse	30,00
Streiks und Aussperrungen bei den Zahlstellen	200,12
ber Hauptkasse	12724,79
Rechtschutz bei den Zahlstellen	115,00
ber Hauptkasse	390,10
Sterbegeb. bei den Zahlstellen	7058,90
Krankenunterstützung bei den Zahlstellen	102,00
ber Hauptkasse	7160,90
Ausgaben Position 8-23	21396,39
Anteil der Lokalkassen und Lokalbeitrag	22920,43
Sonstige Ausgaben bei den Zahlstellen	744,44
ber Hauptkasse	95,15
Saldo vom vorigen Quartal	747,96
Kassenbestand pro III. Quartal 1910	291741,59
Summe	367569,63

Abschluss.

Einnahmen:

Bei den Zahlstellen	88001,27
Bei der Hauptkasse	734,65
Insgesamt:	88735,92

Ausgaben:

Bei den Zahlstellen	40363,63
Bei der Hauptkasse	35464,41
Insgesamt:	75828,04

Also Mehreinnahme:	12907,88
Bestand vom I. Quartal 1910:	278833,71
Summe:	291741,59

Der Gesamtkassenbestand beträgt pro III. Quartal 1910:

Bei der Hauptkasse	291741,59
Bei den Lokalkassen	68871,20
Insgesamt:	360612,79

Die Abrechnung vom II. Quartal wurde von uns geprüft und mit Büchern und Belegen übereinstimmend gefunden.

Alois Heinrich, Johann Pella, Bernhard Siepmann.

Zur Abrechnung.

Aus der Abrechnung der Hauptkasse vom II. Quartal 1910 werden nachfolgend einige Zahlen mit dem Vorquartal bzw. mit dem II. Quartal 1909 verglichen.

Einnahmen:

	1910	1909
Aufnahmegebühren	902,00	668,50
Beiträge	64026,75	59746,02
Lokalbeiträge	20396,90	12644,00
Kassenbestand bei der Hauptkasse	291741,59	278833,71
Kassenbestand bei den Lokalkassen	68871,20	68907,30
Gesamtkassenbestand:	360612,79	347784,74

Ausgaben:

Reiseunterstützung	2320,70	863,50	2626,70
Maßregelungsunterstützung	673,28	1791,92	227,16
Umgzugsunterstützung	775,00	515,00	710,00
Arbeitslosenunterstützung	4693,78	8243,50	3290,25
Streiks und Aussperrungen	12924,91	7984,91	24464,97
Rechtschutz	505,10	419,89	154,35
Sterbegeb.	870,00	930,00	630,00
Krankenunterstützung	7160,90	7358,56	7006,29
Gesamtsumme der Unterstüßungen	29923,67	29107,28	39118,06

Die Einnahmen an Aufnahmegebühren haben sich gegenüber dem Vorquartal um 332 Mk. und gegen das II. Quartal 1909 um 233 Mk. erhöht.

Eine Erhöhung erfuhren die Einnahmen an Beiträgen um 4280 Mk. gegenüber dem I. Quartal 1910 und um 6402 Mk. im Vergleich zum II. Quartal 1909.

52 Mk. weniger wie im Vorquartal, dagegen 7752 Mk. mehr wie im II. Quartal 1909 gingen an Lokalbeiträgen ein. Für Reiseunterstützung wurden 1457 Mk. mehr wie im I. Quartal 1910, jedoch 306 Mk. weniger wie im II. Quartal 1909 verausgabt.

Die Maßregelungsunterstützung sank um 1118 Mk. im Vergleich zum Vorquartal, war dagegen um 446 Mk. höher wie im II. Quartal 1909.

Die Arbeitslosenunterstützung sank um 3550 Mk. gegenüber dem I. Quartal 1910 und stieg um 1394 Mk. gegen über dem II. Quartal 1909.

Die Krankenunterstützung wies nur unwesentliche Ver änderungen gegenüber den beiden Vergleichsquartern auf. 4940 Mk. mehr wie im I. Quartal 1910, jedoch 11540 Mk. weniger wie im II. Quartal 1909 wurden für Streiks und Aussperrungen aufgewandt.

Aus den Lokalkassen wurden insgesamt 9381,32 Mk. für Unterstüßungszwecke ausgegeben. Davon entfallen auf Reise unterstüßung 193 Mk., auf Arbeitslosenunterstüßung 1030 Mk., Krankenunterstüßung 1901 Mk. Für Streiks und Aussperrungen im eigenen Verband gaben die Lokalkassen 1620 Mk. und für die Bauarbeiterausperrung 4340 Mk. aus.

Insgesamt wurde aus Haupt- und Lokalkassen gezahlt für:

Reiseunterstützung	2513,75
Maßregelungsunterstützung	730,68
Umgzugsunterstützung	775,00
Arbeitslosenunterstützung	5723,92
Streiks und Aussperrungen	18885,64
Rechtschutz	505,10
Sterbegeb.	870,00
Krankenunterstützungen	9062,54
Sonstige Unterstüßungen	238,86

Die Gesamtsumme der Unterstüßungen aus Haupt und Lokal kassen betrug demgemäß **39305,49** Mk.

Das Verbandsvermögen stieg um 12907,88 Mk. bei der Hauptkasse und um 6001,53 Mk. bei den Lokalkassen, ins gesamt also um 18909,41 Mk.

Größere Zunahmen an Mitgliedern konnten folgende Zahl stellen verzeichnen: Cham 31, Kaufbeuren 10, München 30, Nürnberg 20, Regensburg 10, Tölz 10, Freiburg 19, Kauf heim 23, Ravensburg 18, Ulm 14, Fulda 12, Mannheim 23, Rißler 11, Andernach 19, Geln 212, Grefel 23, Duisburg 26, Düsseldorf 17, Elberfeld-Barmen 36, Guben 18, Goch 20, R. Gladbach 22, Schwelm 12, Stolberg 17, Beeze 71, Cranen burg 37, Bedum 16, Essen 18, Fredenhorst 16, Hagen 18, Hamm 26, Hülten 13, Werben 10, Berlin 11, Bremen 12, Hamburg 11, Herford 10, Lohne 36, Papenburg 25, Gersl 10, Danzig 10, Heilsberg 10, Sagorich 16.

Ein erfreuliches Zeichen ist auch, daß eine Reihe kleiner Zahl stellen verhältnismäßig gute Erfolge in der Agitation erzielten. Weniger erfreulich ist jedoch, daß einige andere Zahlstellen von Erfolgen der Werbearbeit nicht berichten konnten. Ob das nun an der Hartnäckigkeit der Indifferenten liegt? Oder ob sich nicht auch an jenen Orten bei neuer, mit frischem Mut begonnener Agitation Früchte der Arbeit zeigen werden? Eine Frage, die man sich besonders jetzt beim herannahenden Herbst in jeder Ortsverwaltung vorlegen sollte.

Gewinnung neuer und Stärkung der alten Kämpfer für unsere Gewerkschaftsbewegung sei die Aufgabe der nächsten Zeit. Das bedarf der Mühe Aller.

S. M. d.

II. Lokalkassen.

Einnahmen:

Kassenbestand vom I. Quartal 1910	62869,67
Anteile an den Beiträgen	2523,53
Lokalbeiträge	20396,90
Freiwillige Beiträge	395,10
Zuwendungen für die Bauarbeiter	3774,47
Bücher und Broschüren	45,50
Zinsen und sonstige Einnahmen	986,70
Summe:	90991,87

Ausgaben:

Reiseunterstützung	193,05
Arbeitslosenunterstützung	1030,14
Maßregelungsunterstützung	57,40
Streiks, Aussperrungen	1620,36
Bauarbeiterausperrung	4340,37
Krankenunterstützung	1901,64
Sonstige Unterstüßungen	238,86
Kartebeiträge	1304,40
Agitation	2020,49
Bewerbung (Verbandssekretariate, Lokalsekretariate, Porto, Anschaffungen u.)	7522,17
Bücher, Broschüren, Zeitschriften	330,16
Zuwendungen an die Hauptkasse	100,00
Sonstige Ausgaben	1461,63
Kassenbestand pro III. Quartal 1910	68871,20
Summe:	90991,87

Abschluss.

Einnahmen	90991,87
Ausgaben	90991,87
Mehreinnahme	6001,53
Bestand vom II. Quartal 1910	62869,67
Also Bestand pro III. Quartal 1910	68871,20

Eingelegte Sourniere
für Kabinete, Schränke, Kabinen.
Auftraggeber gegen 20 % in Bräunung.
Beständige Anfertigungsgewerke.
Erfolgr. Werk. Hermann, Heidelberg.
Hauptstraße 7.

Süddeutsche
Schreiner-Fachschule
München.
Erfahrene Lehrkräfte.
Kerkering 14. Dr. E. Kerkering

B. Kolscher's
Fachschule Detmold
für Tischler u. für gewerb. Zeichnen
Kerkerstraße, Ecke Grabenstraße.
In 3 Monaten Ausbildung zum Werk schüler und Techniker. In 6 Monaten Aus bildung zum Zeichner und Buchhalter. Schulgeld 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie Abschlussprüfungen. Eintritt jederzeit.
Ankunft durch die Direktion.
B. Kolscher.

Tischler-Fachschule
Blankenburg am H.
geborene Tischlermeister als Meister, Tischlermeister und Zeichner. Programm frei. Direktion Detmold.
Zum Selbstunterricht geeignet: Die „Einfache Tischlerlehre“, 180 Seiten, 1,50 Mk. gebunden. Dr. E. Kerkering, Detmold, Blankenburg am H.

Großherzog. Sachsen-Weimar.
Tischler-Fachschule Ilmenau.
verbunden mit kaufm. Lehranstalt.
Ausbildung zum Werkführer, Meister, Zeichner, Betriebsleiter.
Sämtliche kaufmänn. Fächer nach Wahl.
Erste, einzige Anstalt dieser Art.
Prospekt frei durch: **Die Direktion.**

Mitteldeutsche Tischler-Fachschule
Erfahren in Arbeit.
Erste Höch. Lehranstalt der Branche m. Replikations fähigen (Reiserverfahren) und Gestaltstudien.
Programme frei durch die Direktion.

Schreiner-
Werkzeuge
Frisch, keine Nachschärfen, aus bestem Material, leicht zu handhaben. Preisliste gratis und franko.
HEINRICH BUSCH, Werkzeug-Fabrikation, Hagen i. W.

Tischler-Fachschule Detmold
gegründet 1893. Stadt-Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner, Große Hör- u. Zeichen-Säle. :: Werkstätten ::
Programme frei ::
Direktor Brecht.

Stellen-Gesuche.
Erfahrene tüchtige Schreiner und ein Maschinen-Schreiner
auf gute Bauarbeiten per sofort gesucht.
Hilf. Sauerbaum
Hamborn-Margale